

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

504 (30.10.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Abendblatt

Bezugspreis vierteljährlich: 3,50 M. (b. d. Geschäftsstelle monatl. 1,20 M.)

Anzeigenpreis: Die achte Spaltenzeile 25 Pf., Neuanzeigen 1.20, je mit 30% Leertung...

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Dr. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Bahl für Anzeigen und Ankündigungen: Dr. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Prinz Heinrich von Preussen... Karlsruher Spiel-Veranstaltung... um Gefecht...

und Frauen... Karlsruher Arbeiter...

Der Grund.

Unsere Verbündeten lassen uns einer nach dem andern im Stich. Zuerst kam Bulgarien; Oesterreich-Ungarn ist, wenn auch unter Widerpruch aus den deutschen Reihen, bereit, zu folgen und die Türken geht auch, wenn auch schweren Herzens.

Zur Lage im Osten.

Die deutsche Kriegsanleihe in Russland. Berlin, 29. Okt. (W.Z.B.) In Charkow (Rußland) und Umgegend macht sich stark Anteilnahme für die 9. deutsche Reichsanleihe geltend, die sich in einer stattlichen Zahl Anmeldungen größerer und kleinerer Beträge durch Angehörige verschiedener Bevölkerungsschichten äußert.

Baden.

Zur Neuorientierung in Baden.

Die Mannheimer Volksstimme ist in der Frage der Neuordnung in Baden anscheinend etwas geschäftiger, als es den in der Fraktion führenden Männern selbst angenehm ist. Wenigstens ist die Bad. Landesztg. in der Lage zu verzeichnen, daß anlässlich der interparlamentarischen Besprechung beim Staatsminister „der sozialdemokratische Sprecher die Volksstimme auf das Entschiedenste abschüttelte“.

Die Kriegslage im Westen.

Belgische Bombenangriffe auf französische und belgische Städte.

Berlin, 29. Okt. (W.Z.B.) Am 27. Oktober versuchten feindliche Geschwader zahlreiche Bombenangriffe auf französische und belgische Städte. Die Bomben fielen hinter der Kampffront. Durch deutsche Jagdflugzeuge meist schon weit vor ihren Zielen auseinandergeprengt, ließen sie unverrichteter Dinge wieder um und warfen ihre Bomben wahllos ins Gelände. Einige feindliche Flugzeuge, die wahrscheinlich auf Monats angelegt waren, entgingen sich ihrer Bomben aber dem militärisch völlig bedeutungslosen Städten Anzeregen westlich von Wons. Die Wirkung war furchtbar. Von der belgischen Bevölkerung wurden über 40 ge-

Erhebliche deutsche Abwehrerfolge.

Schwere Verluste der Franzosen.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 30. Oktober. (W.Z.B. Amtlich.)

Westlicher Keilgeschloß.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In der Lys-Riederung zwischen der Lys und der Schelde bei Camars und Englesfontaine wurden heftige Teilangriffe des Gegners abgewiesen. Das englische Feuer gegen die Borkhäute von Thournai und die Ortschaften der Scheldeneriederung forderten wiederum erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Diskanal Scheiteren am frühen Morgen heftige feindliche Angriffe. Nach starkem Artilleriekampf nahm der Feind unter französischer Panzerbegleitung seine Angriffe wieder auf. Die in den schweren Kämpfen der letzten Tage bewährten Truppen der Generale von Eberhardt und von Below haben auch gestern wieder einen vollen Erfolg in der Abwehr errungen. Sie schlugen den Feind auf der 18 Kilometer breiten Angriffsfront völlig zurück. In den Kämpfen am Nordrand von Klein-Lucenot zeichnete sich das brandenburgische Leibgrenadier-Regiment Nr. 8, östlich von

Das ist zweifellos wiederum eine unrichtige Darstellung der Sachlage.

Die Zentrumspartei in Baden hat keinen Grund, einer Neuordnung in Baden irgendwie zu widerstreben; sie hat vielmehr allen Grund, ihr nicht nur zögernd zu folgen, sondern sie aktiv mitwirkend zu fördern. Und wenn im Bad. Wob. vor einiger Zeit gesagt wurde, die Neuordnung habe nicht das Schnellgastempo nötig, zu dem die Volksstimme drängt, so sollte damit nur Verwahrung gegen eine allzu flüchtige, oberflächliche Lösung der zur Tagesordnung stehenden Fragen eingelegt und zugleich gesagt werden, daß die Aufmerksamkeit dadurch nicht von den wichtigeren Fragen im Reich, die mit Krieg und Frieden zusammenhängen, abgelenkt werden dürfte. Soweit das beachtet wird, ist das Zentrum ohne jeden Zweifel bereit, bei der Neuordnung, auch bei der Parlamentarisierung in Baden mitzuwirken. Warum sollte sich denn gerade das Zentrum ablehnend verhalten, nachdem es einmal durch die Entwicklung im Reich die Neuordnung auch in den Bundesstaaten unvermeidlich geworden ist, da eine so gewaltige Veränderung der Reichsverfassung, die immer noch weitere Kreise zieht mit innerer Notwendigkeit entsprechende Änderungen in der Verfassung der Bundesstaaten herbeizuführen in sich hat? Nicht um parteipolitische Vorteile handelt es sich allerdings, sondern das Wohl des Vaterlands muß überall den Ausschlag geben. Aber das ist sicher, daß schon das eigene Interesse jeder Partei, auch dem Zentrum, es nahelegt, sich an der Neuordnung zu beteiligen. Wer das übersehen würde, über den würden die Ereignisse wegschreiten zu seinem eigenen Schaden.

Wenn bisher in der Zentrumspresse noch nicht in umfassender Weise und ins Einzelne gehend zu all dem nun immer dringender werdenden Fragen der Neuordnung Stellung genommen wurde, so hat das rein äußere Gründe, deren Vorhandensein wir allerdings sehr bedauern. Die Zeitverhältnisse bringen es mit sich, daß führende Männer der Zentrumspartei allzu sehr der parteipolitischen Arbeit entzogen sind, weshalb eine orientierende und zielbewusste Stellungnahme von all den neu auftauchenden Fragen noch nicht möglich war. Aber wir möchten hier auch im Sinne vieler Anhänger unserer Partei die dringende Erwartung aussprechen, daß eine solche bestimmte Stellungnahme, die nicht bloß grundsätzliche Klarheit, an der es sicher nicht fehlt, sondern auch unmissverständliche Einzelanforderungen bringt, nicht mehr lange auf sich warten läßt; denn wer heute zu spät kommt, der ist auch in Zukunft hinterher. Bei Soßbetrieb in der Politik dürfen die Parteien nicht feiern.

Chronik.

Baden.

Durlach, 30. Okt. Das allbekannte Caffhaus und Melnwirtschaft zum „Weinberg“ hat in diesen Tagen seinen Besitzer gewechselt. Die seitjährige langjährige Eigentümerin, Frau Wilme Dattler, sah sich krankheitshalber veranlaßt, ihr Anwesen zu veräußern und zwar an Herrn Friedrich Viebler aus Weiskem. Der neue Eigentümer hat hier beim Train-Bataillon gebietet, zog zu Beginn des Krieges mit der Kolonne ins Feld und tut zurzeit als Sergeant wieder Dienst bei der Train-Abteilung. In seinem bürgerlichen Beruf als Schweinehändler ist er den Besuchern des Durlacher Dorstenbiermarktes wohlbekannt. Möge ein baldiger Friede ihn begünstigen, dem alten Nennomus des „Weinberg“ neue Lorbeeren hinzuzufügen.

Anordnung einer allgemeinen Volkszählung für den 4. Dezember 1918.

Für die praktische Durchführung der Vervollständigung der Volkszählung ist eine regelmäßige einwandfreie Feststellung der Bevölkerungszahl des Reichs, der Bundesstaaten, der kleinen Verwaltungskreise und der Gemeinden unerlässlich. Es sind für diesen Zweck bereits am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917 allgemeine Volkszählungen vorgenommen worden. Die im Laufe eines Jahres eintretenden Verschiebungen und Veränderungen im Bevölkerungsstand der einzelnen Gebiete sind aber so erheblich, daß die im Dezember 1917 ermittelten Zahlen nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmöglichkeiten des nächsten Jahres angesehen werden können. Daher ist auch in diesem Jahre die Vornahme einer Volkszählung wieder notwendig. Der Bundesrat hat dementsprechend angeordnet, daß am Mittwoch, den 4. Dezember 1918, eine solche Zählung vorgenommen werden soll. Die Zählung soll in gleicher Weise wie im vorigen Jahre durchgeführt werden. Sie dient nur statistischen und wirtschaftlichen Zwecken. Für die Durchführung der Zählung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen. Bei der hohen Bedeutung der Zählung liegt es im Interesse jedes einzelnen, daß die Zählung ein möglichst zuverlässiges Ergebnis liefert, so daß wohl erwartet werden darf, daß alle Bevölkerungsteile bemüht sein werden, die Durchführung der Zählung nach Kräften zu unterstützen und zu erleichtern. (RSW. Nr. 143.)

Abbau der Schnellzugpreise.

Berlin, 29. Okt. (W.Z.B.) In einer heutigen Berliner Zeitung findet sich die Mitteilung, daß die deutschen Eisenbahnen den Abbau der Vorkriegspreise der Schnellzugfahrpreise zum 1. April 1919 durch Herabsetzung von 50 Prozent beabsichtigen. Diese Nachricht ist unzutreffend. Am zukünftigen Stelle ist von einer solchen Absicht nichts bekannt. Die Verteuerung der Schnellzugpreise ist so gebildet (Lösung der höheren Klasse), daß ihre Verringerung jederzeit ohne weiteres möglich ist. Sie ist denn auch in Aussicht genommen, sobald die Verkehrsverhältnisse es zulassen. Leider ist die Verkehrsfrage, z. B. schwieriger denn je. Solange den Eisenbahnen die Beförderung wichtiger Lebensmittel, wie z. B. Kartoffeln, noch Schwierigkeiten bereitet, kann an eine Aufhebung der Zugsätze nicht gedacht werden.

Die Deutschen Bulgariens.

Berlin, 29. Okt. Die aus Bulgarien geflüchteten Deutschen werden ihre gemeinsamen Interessen, die sie eine ganze Reihe von Jahren mit Bulgarien verbunden haben, nicht aus dem Auge verlieren. Sie haben sich unter dem Vorhitz des Präsidenten der deutschen Vereinigungen Ungarns Paul Kaufmann, der sich in Berlin aufhält, zusammengeschlossen, und eine Arbeits- und Beratungskommission für die Diskontogesellschaft in Berlin errichtet.

Kirchliche Nachrichten.

† Bischof Turinaz.

(A.) Lyon. Bischof Turinaz von Nancy ist gestorben. Er war eine hervorragende Persönlichkeit im Kreise der französischen Bischöfe, als Redner und Schriftsteller gleich geschätzt. Er war einer von denen, die mit der Sprache herausdringen, mag es momentan angenehm oder unangenehm klingen. Geboren im Jahre 1838 zu Chambray im Savoyischen, besuchte er später die päpstlichen Schulen in Rom, wo er in der Theologie und im Kirchenrecht den Doktorgrad erwarb und 1862 zum Pfarrer geweiht wurde. Im Jahre 1873 wurde er durch ein Dekret des Präsidenten der französischen Republik zum Bischof von Tarentaise ernannt und vom Papste bestätigt. Am Jahre 1882 wurde er auf den Bischofsstuhl von Nancy befördert. Seine Hirtenbriefe in diesem Weltkriege sind weit und breit bekannt geworden. Nancy war bekanntlich in diesem Kriege besetzt.

Soziales.

Willensschulung der Kriegsgeschädigten.

Man kann ruhig sagen: von der Willensschulung der Kriegsgeschädigten hängt der Erfolg der Kriegsgeschädigten für die Arbeit ab. Sie ist entscheidend für die Gewöhnung an das Erwerbsleben, ist entscheidend für die Wiederaufnahme der Arbeit und ist nicht in letzter Linie entscheidend für die gesundheitliche Wiederherstellung. Es mag sein, daß die Arbeitsfähigkeit durch den Verlust dieses oder jenes Körperteils stark beeinträchtigt wird; aber diese Beeinträchtigung ist nicht gleichbedeutend mit völliger Arbeitsunfähigkeit, wie sie so oft fälschlich den Angehörigen als gegeben glaubt. Der Kriegsgeschädigte soll und darf nicht auf eine niedrigere Stufe sinken; er wird es nicht, wenn er selbst den Willen faßt und in unabhingender Arbeit seine Lebensaufgabe sieht; er kann es aber auch nicht, wenn seine engere u. weitere Umgebung ihm behilflich ist beim Wiedereintritt ins Erwerbsleben. Der Anwalt als Vetter, Hausierer oder als Leierkastenmann ist eine Erscheinung, die im neuzeitlichen Deutschland nicht aufzutauchen darf. Dies Ziel wird erreicht durch die Erziehung des Willens zur Arbeit, aber auch durch die Erziehung der Allgemeinheit zur Heranzuhaltung der Kriegsgeschädigten zur Arbeit.

Aus dem Stadtkreis.

Karlsruhe, 30. Oktober 1918.

Na. Gasperre. Infolge ungenügender Kohlenzufuhr aus dem Saargebiet wurde die Direktion unserer Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke gezwungen, eine zeitweilige Gasperre anzuordnen. Diese Gasperre er- deckt sich auf die Stunden von 8-11 Uhr vormittags, von 2-5 Uhr nachmittags und von 11-5 Uhr nachts. Die Gasabnehmer werden dringend ersucht, sich der größten Sparfahigkeit im Gasverbrauch zu befleißigen. Wenn es nämlich nicht gelingen würde, durch diese Maßnahme erhebliche Mengen an Kohlen zu sparen, müßte mit einer vollständigen Gasperre gerechnet werden. Die Folgen einer solchen Zwangsmaßregel aber wären von unberechenbaren Nachteilen für das gesamte wirtschaftliche Leben der Stadt. Außerdem haben bekanntlich die Verbraucher, welche die zulässige Menge überschreiten, für jeden Kubikmeter Gas und jede Kilometerstunde Strom, die zubehalten wurden, 50 Pfg. aufzu- zahlen.

Na. Die Zinsfische der Reichsanleihe sind, wie schon gemeldet, durch Beschluß des Bundesrates als gesetz- liche Zahlungsmittel in Umlauf gesetzt worden. Diese Maßnahme war notwendig durch den Mangel an Zahlungsmitteln, die infolge von Zurückhaltung nicht mehr ausreichen. Wie nun von den Halbtägern der ver- schiedenen öffentlichen Kassen mitgeteilt wird, macht sich in einem großen Teil des Publikums ein Mißverständnis gegen die Annahme dieses neuen Zahlungsmittels fühlend bemerkbar. Die Haltung der Leute, die die Annahme der Zinsfische verweigern, ist ebenso unverständlich wie un- gerecht. Durch den Bundesratsbeschluß sind diese Zinsfische genau so gut als Bargeld zu betrachten, wie die anderen Geldscheine und Geldmünzen. Das Aussehen des Geldes spielt keine Rolle. Die Hauptfrage ist doch der Wert des Geldes und dieser ist bei den Zinsfischen gleich wie bei anderen Geldmitteln. Im Interesse eines ungehinderten Geschäftsganges im Zahlungsverkehr ist es dringend zu wünschen, daß die Kleinlichen und kaffösen Einwände gegen die Annahme der Zinsfische ver- schwinden.

Wie verleumdet wird. Ein Leser schreibt uns: „Ich fuhr mit Familie am 17. Oktober d. J. von Köln hier- her. Im gleichen Hotel saßen außer uns ein preußischer Artillerieoffizier und zwei württembergische Finanzleute. Ersterer behauptete, der Sohn eines höheren preußischen Regierungsbeamten zu sein. Weiterhin behauptete er, der Staatssekretär Erzberger habe zwei Söhne in der Schweiz untergebracht, um sie dem deutschen Heeresdienst zu entziehen. Auf diese Behauptung hin nahmen meine Frau und ich an, es werde sich wohl um fränke Söhne handeln. Wie schmerzhaft war daher unser Mißgefühl mit dem unentwegten und taktlosen Parteiworte und Staatsfrotzel, als wir wenige Tage darauf im Bad. Beobachter die betrieblende Kunde laien, daß der ein- zige Sohn des Herrn Erzberger, der erst kürzlich das Militär verlassen und nun bei einem karlsruher Truppen- teil als Bauingenieur eingetreten war, der hier so sehr hochgeschätzten Grippe zum Opfer gefallen ist. Ein großer Herr aber warf sich auf jenen preußischen Offizier mit Panofel, der sich nicht scheute, einem unserer Wesen eine Verächtlichkeit schwerer Art anzuhängen.“

Wir nehmen an, daß die Verleumdung bloß objektiv war und daß der Offizier eben einfach nachsagte, was er von anderen gehört hatte. Diese Verächtlichkeit ist nicht die einzige ihrer Art. Aber schon die einfachste Rücksicht der Klugheit würde jedermann, besonders aber einem Offizier gebieten, solchen Klatsch mindestens dann für sich zu behalten, wenn er Zuküher hat, die ihm unbekannt sind. Welche Verlegenheit für den Herrn, wenn er sich vor Gericht wegen dieser Behauptung hätte verantworten müssen!

Fliegerangriff auf Mannheim-Ludwigshafen.

Karlsruhe, 29. Oktober. (W.L.B.) Heute Nacht verjagten wiederum feindliche Flieger trotz der Dunkelheit, die offene Stadt Mannheim und Lud- wigshafen anzugreifen. Mehrere Flieger wurden durch die durch das vorzügliche Arbeiten der Platz ge- wunden, ihre Bomben wahllos in der weiteren Umgebung auf freies Feld abzuwerfen. Es wurde weder Personen, noch Sachschaden verursacht. (G. K.)

Politische Nachrichten.

Die Verfassungsänderungen.

Berlin, 29. Oktober. (W.L.B.) Der Reichs- anzeiger veröffentlicht das Gesetz zur Abän- derung der Reichsverfassung und zur Ab- änderung des Gesetzes betreffend die Stellvertretung des Reichspräsidenten, sowie zur Abänderung des Ar- tikkels 11 der Reichsverfassung.

Der Reichstag.

Berlin, 28. Oktober. Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages hat sich, wie dem Tag zufolge verlautet, bereits mit der Frage beschäftigt, ob früher leitende Staatsmänner, denen man eine Schuld an dem Scheitern der angeblichen Friedens- vermittlungsvorläufe Ende 1916 und Anfang 1917 zu- schreibt, zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Bestimmte Anträge in dieser Richtung liegen nicht vor. Beschlüsse konnten also noch nicht gefaßt werden. Neben- falls aber dürfte die Angelegenheit weiter verfolgt werden.

Respektierung der holländischen Neutralität.

Haag, 28. Okt. (W.L.B.) Der Nieuwe Courant erfährt von seinem Sonderkorrespondenten aus London: Ich habe die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs Balfour auf einen Artikel des Echo de Paris über die niederländische Neu- tralität und die Lösung der Schelde gelenkt und verwies auf die früheren Erklärungen Greys, Churchill und Cecil, die im Namen der englischen Regierung veröffentlicht wurden, daß England niemals die niederländische Neutralität durch eine Forcierung der Schelde verletzen würde. Bal- four antwortete mir mit der Erklärung, daß die eng- lische Politik in dieser Hinsicht unerbändert sei.

Soldatendemonstration in Holland.

Amsterdam, 29. Oktober. (W.L.B.) Das Allge- meine Handelsblatt meldet aus Bissingen, daß es gestern zu einer ersten Soldatendemo- stration kam, wobei an einigen Gebäuden die Fenstersteine eingeschlagen wurden. Der Polizei und berittenen Militärpatrouillen gelang es, die Ordnung wieder herzustellen.

Wilson über den 3. Punkt seines Programms. Washington, 29. Oktober. (W.L.B.) Neuter. Präsident Wilson erklärte in einem Bericht an den Vorsitzenden der Finanzkommission hinsichtlich des dritten seiner 14 Punkte, er beabsichtige nicht, der inneren Wirtschaftspolitik irgend welche Beschränkungen vorzuschlagen, aber, was für einen Tarif eine Nation auch für notwen- dig halte, er solle gleichmäßig auf alle Länder ange- wendet werden.

London, 29. Okt. (W.L.B.) Neuter-Meldung. Prinz Fushimi überreichte dem König im Buckingham-Palast ein Handschreiben des Kaisers von Japan und die Insignien des japanischen Feldmarschalls.

Umwälzungen im Habsburger Reich.

Konstituierung Deutsch-Böhmens.

Wien, 30. Oktober. (W.L.B.) Wiener f. f. Tel.-Korr.-Büro. Die deutsch-böhmischen Ab- geordneten verammelten sich gestern im niederösterreichischen Landesauschuß zur Kon- stituierung Deutsch-Böhmens. Vorstehender Pa- cherl stellte in der Eröffnungssprache fest, daß Deutsch-Böhmen zum Staate Deutsch-Oesterreichs gehöre und niemand das Recht habe, ein Gelöbnis auf den tschechischen Staat zu verlangen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der gegen die An- nexionsabsichten durch die Tschechen Protest erhoben wird, und beschloß, bis zur Regelung der Verfassung und der Verwaltung Deutsch-Oesterreichs auf demo- kratischer Grundlage eine vorläufige Verfas- sung von Deutsch-Böhmen zu erlassen, worin festgesetzt wird, daß der Krobin Deutsch-Böh- men im Verhältnis zum Staate Deutsch-Oesterreich alle Rechte und Pflichten aufzunehmen, welche für das Königreich Böhmen im Verhältnis zu den übrigen im Reichsrat vertretenen Königreichen und Län- dern in der böhmischen Landesordnung und in dem österreichischen Verfassungsrecht niedergelegt sind. Die Versammlung aller jetzigen deutschen Reichs- ratsabgeordneten Böhmens bildet den vorläufigen Landtag der Provinz Böhmen. Der vorläufige Landtag der Provinz Böhmen besteht aus seiner Mitte einen Landesauschuß und eine Landesregierung mit dem Landeshauptmann an der Spitze. Die Verfassung sieht die Errichtung einer Volkswahl für Deutsch-Böhmen vor. Zum Landeshauptmann wurde Pacherl gewählt. Der Landeshauptmann wurde beauftragt, sich unverzüg- lich mit dem deutsch-österreichischen Vollzugs- auschuß ins Einvernehmen zu setzen, um die Verwal- tungsgeschäfte der bisherigen Behörden der böhmischen Landesverwaltungscommission für das Gebiet Deutsch-Böhmens zu übernehmen. Bezüglich der gemischten nationalen Gemeinden des Landes soll der Landeshauptmann sich über die Errichtung einer besonderen Verwaltung daselbst bis zur endgültigen Ordnung der Verhältnisse mit den Ver- tretern des tschechischen Volkes ins Benehmen setzen. Der Landeshauptmann ist ermächtigt, ein Anlehen bis zu 100 Millionen Kronen aufzunehmen.

Verfassungsentwurf für Deutsch-Oesterreich.

Wien, 29. Okt. (W.L.B.) Der vom Vollzugs- auschuß der deutsch-österreichischen Nationalver- sammlung beschlossene Verfassungsentwurf von Deutsch-Oesterreich, welcher in der mor- gigen Sitzung der provisorischen Nationalver- sammlung unterbreitet werden wird, umfaßt 17 Para- graphen und bestimmt, daß vorläufiglich der Be- schlüsse der konstituierenden Nationalversammlung ein- schließlich die oberste Staatsgewalt des Staates Deutsch-Oesterreich durch die provisori- sche Nationalversammlung ausgeübt wird. Der Vollzugsauschuß, bestehend aus drei Präsidenten, 20 Mitgliedern und ebenso vielen Be- ratern, wird die Bezeichnung Staatsrat füh- ren. Drei Präsidenten vertreten den Staatsrat nach außen. Der Staatsrat führt seine Geschäfte durch Beauftragte. Jedem Beauftragten, der nach dem Ministerverantwortlichkeitsgesetz verantwort- lich ist, wird ein Staatsamt unterstellt. Einzuweilen werden folgende Staatsämter eingerichtet: Außen- wesen, Inneres, Unterricht, Finanzen, Land- wirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel, öffentliche Arbeiten, Verkehrsweisen, Volksernährung, soziale

Fürsorge, Volksgesundheit, Kriegs- und Uebergangs- wirtschaft, Injunkte die jetzt bestehenden Gelege- und Einrichtungen durch diesen Beschluß nicht auf- gehoben oder abgeändert werden, bleiben sie bis auf weiteres in Geltung.

Note des Vollzugsauschusses der deutsch-österreichischen Nationalversammlung an Wilson.

Wien, 29. Oktober. (W.L.B.) Der Vollzugs- auschuß der deutsch-österreichischen National- versammlung beschloß, die an den Präsidenten Wil- son zu richtende Note der morgigen Vollversam- lung zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Note macht zunächst von der Konstituierung des deutsch-österreichischen Staates Mit- teilung, der die Gebietshoheit über das Gebiet des bisherigen Oesterreich beansprucht, in dem die Deutschen die Mehrheit der Bevöl- kerung bilden. Der deutsch-österreichische Staat verlangt, daß seine Vertreter als Vertreter eines selbständigen Staates zu den Friedensver- handlungen zugelassen werden und mit den Vertretern der anderen Nationen über die Bedin- gungen des Friedens verhandeln. Er bittet den Präsidenten, ihm Gelegenheit zu bieten, unverzüg- lich in direkte Verhandlungen mit den Vertretern aller kriegführenden Mächte zu treten. Der Voll- zugsauschuß verpflichtet sich zu der Annahme folgender Grundsätze: Vorbehaltlose Annahme der in den Vollkassen Wilsons niedergelegten Grundsätze, Anerkennung der tschechisch-jugoslawischen und jüdischen Nationen als vollkommen unabhän- gige Staaten und Regelung der deutsch-öster- reichischen Beziehungen mit diesen durch freie Ver- einbarung. Eventuelle Streitfragen sind der Ent- scheidung des Schiedsgerichts zu unterwerfen. Die Note erörtert die Frage der deutschen Gebiete der Erdetenländer und erklärt, es sei selbstverständlich, daß der neue deutsch-österreichische Staat auch die deutschen Gebiete Böh- mens, Mährens und Schlesiens mit 3 1/2 Millionen Deutschen beanspruche. Der Vollzugsauschuß sei überzeugt, daß Wilson es ab- lehnen werde, 3 1/2 Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem tschechischen Staat zu unterwerfen und zu einem Verzweiflungstunf gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen. Er fordert, daß die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens als Bestandteile des deutsch-österreichischen Staates anerkannt werden und ihre künftige staatliche Zugehörigkeit in Gemeinschaft mit den freien Nationen bestimmen sollen. Sollte sich eine vertragliche Festlegung der Grenzen als unmöglich erweisen, so soll die Bevölkerung der unstrittenen Gebiete selbst durch allgemeine Volksabstim- mung entscheiden, zu welchem Staat sie gehören will. In analoger Weise seien diese Grundsätze auch auf die deutschen Siedlungsgebiete in Süden und in Bezug auf die Bestimmung der staatlichen Grenzen gegen Italien und den jü- dischen Staat anzuwenden. Die Note schließt mit einem Appell an den Präsidenten, seine Autorität für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation einzusetzen, sowie dafür, daß sofortige allge- meine Waffenruhe an den Fronten eintritt.

Aufhebung der Zensur in Oesterreich.

Wien, 29. Okt. (W.L.B.) Der Minister des Innern hat unter dem 28. Oktober die politischen Landesstellen beauftragt, die Verordnung, wonach das im Sinne des Paragraphen 17 des Pressegesetzes entsprechend vorzulegenden Pflichtexemplar in einer bestimmten Frist bei Ausgabe der Druckchrift bei einer Behörde zu hinterlegen ist, umgehend außer Wirksamkeit zu setzen. Die periodischen, sowie auch alle anderen Druckchriften werden nun einer Bor- zensur vor ihrer Ausgabe in Zukunft nicht mehr unterzogen werden.

Die Erregung der österreichischen Deutschen.

Wien, 29. Okt. (W.L.B.) Die tiefe Erregung der Deutsch-Oesterreicher über Andraffs Ant- wort an Wilson, welche von dem überwiegenden Teil der Bevölkerung als Preisgabe Deutsch- Oesterreich empfunden wird, findet in der Mehrzahl der Blätter heftigen Ausdruck. Die Presse verlangt zugleich energisch, daß die deutsch- nationale Versammlung die Geschäfte Deutsch- Oesterreichs jetzt sofort, selbst ohne Rücksicht auf die f. und f. Regierung in die Hand nehme.

Sendet den B. B. ins Feld.

Die 3. deutsche Note an Wilson.

Eine deutsche Denkschrift an Wilson.

Berlin, 28. Oktober. (Ref. Bg.) In unserer Ant- wort an Wilson wird bekanntlich gesagt, der Präsi- dent könne die tiefgreifenden Veränderungen, die sich im deutschen Verfassungsleben vollziehen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen würden von einer Vollregierung geführt, in deren Hände die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfas- sungsmäßig rüben. Für seien auch die militärischen Ge- walten unterstellt. Da nun aber doch mit der Mög- lichkeit, daß dem Präsidenten das eigentliche Weien, die Verantwortung und die weitestgehende Verfassungsänderun- gen: ist ganz gegenwärtig sein werden, so ist, wie in gut- vorzubereiteten Kreisen verurteilt, eine Ergänzung in Form einer Tenfchrift unterwegs, die dem Präsi- denten das Verständnis für diese Verfassungsänderungen näher brin- gen wird.

Englische Stimmen zur dritten deutschen Note an Wilson.

Rotterdam, 29. Okt. (W.L.B.) Dem Nieuwe Rotter- damischen Courant zufolge wird die deutsche Note in England offen allgemein als Beweis dafür angesehen, daß Deutschland nicht auf halbem Wege stehen zu blei- ben beabsichtigt, vielmehr einige konservative Blätter not- schreiben, daß es nur Lippen des Feindes sind, geben jedoch zu, daß die Friedenssichtungen wieder ziemlich günstiger sind.

Daily News schreibt: Wenn der Frieden, wie die neue Haltung Deutschlands uns glauben läßt, nicht nur in Sicht ist, sondern irgend eine Möglichkeit dafür besteht, dann darf nicht gezögert werden, die notwendigen Schritte zu tun, um den Feindseligkeiten ein Ende zu machen. Es kann nicht gerechtfertigt werden, den Streit für Dinge fortzusetzen, die ohne Kampf ge- regelt werden können. Das Blatt fordert die Alliierten wiederum auf, Wilsons Bedingungen anzunehmen.

Amsterdam, 30. Okt. (W.L.B.) Allgemein Handels- blad meldet aus London: In dortigen parlamentari- schen Kreisen herrsche der Eindruck, daß der Krieg seinem Ende zugehe. Man hält einen Frieden vor Weihnachten für sehr wahrscheinlich.

Wahre Gerichte über Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 30. Oktober. (W.L.B. Amtl.) Die Nach- richten über ein Eintreffen der Waffenstillstands- bedingungen sind falsch. Die Formulierung der Waffenstillstandsbedingungen, wie sie in Deutschland verbreitet wird, beruht auf Gerüchten, denen jede tatsächliche Grundlage fehlt.

Luftwärme in Karlsruhe (nach den Beobachtungen der meteorologischen Station).

29. Oktober, mittags 2.20 Uhr 10.1 Grad, nachts 8.20 Uhr 4.2 Grad. 30. Oktober, morgens 7.26 Uhr 1.1 Grad, höchste Temperatur am 29. Oktober 10.4 Grad, niedrigste in der darauffolgenden Nacht 1.0 Grad.

Obst-Verteilung.

Donnerstag, den 31. Okt. 1918 in den Verkaufsgeschäften Nr. 111 bis einschließlich 157 1 Pfund Obst gegg die Döhmerte Nr. 4.

Karlsruhe, den 30. Oktober 1918. 418

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Für die hiesige Stadtverwaltung (Elektronen. Amt) suchen wir zum sofortigen Eintritt:

2 Uhrmacher, für Schaltwerke und Elektrizität geübt.

1 Zeichnerin, mit guter Handschrift.

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe (Stadt. Arbeitsamt Karlsruhe) Fähringerstraße 100. 420

Junges, braves, latj.

Mädchen, bei guter Behandlung und hoher sozialer geübt. Angebote an Frau Dr. Mattern in Mühlweg- hausen S.M., Gieseler- straße 40. 4193

Einfaches, braves Zimmer-Mädchen für die Privatwohnung geübt. 4188

Karl Stelzer, Bahngewerkschaft, Karlsruhe.

Suchen erlernen: Leicht deutsche Eingeweihte von Joh. Schweiger (Leius, Witte, voll Erbar- men) für 2 Einheimischen mit Dr. oder gemilderten Cho- ohne Orgel neu her- vorgebe- von B. Wäpner. Port. 1.50 M., jede weitere Part. als Stimme 0.30 M

Badenia, Verlag und Druckerei, Karlsruhe.

Statt besonderer Anzeige. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine liebe Gattin, unsere gute, treubesorgte Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante Antonia Hasenfuss geb. Werle nach langem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 76 Jahren in die Ewigkeit abzurufen. Die tieftrauernden Hinterbliebenen: Valentin Hasenfuss, Privat, Frieda Boehm, geb. Hasenfuss, Anna Kohle, Witwe, geb. Hasenfuss, Augusta Hofmann, geb. Hasenfuss, Leo Hasenfuss, Antonia Schneider, geb. Hasenfuss, Hans Boehm, Julius Hofmann, Elisabeth Hasenfuss, geb. Hirsch, Erna X. Schneider und 11 Enkel. Karlsruhe, Osterburken, Mannheim, Waldsee i. d. Pf., 29. Okt. 1918. Die Beerdigung findet Donnerstag, halb 8 Uhr statt. Trauer- haus: Lachnerstraße 16 III.

Die Geschäftsräume der unterzeichneten Banken und Bankiers bleiben am Freitag, den 1. November 1918 (Allerheiligen) geschlossen.

Badische Bank Ignaz Ellern Veit L. Homburger Mitteldutsche Creditbank (Filiale Karlsruhe) Heinrich Müller

Rheinische Creditbank (Filiale Karlsruhe) Straus & Co. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

Der von Bethmann kon- sein, daß die Wertigkeit Mißtrauen zum moralischen ten, der ihnen mit dessen ist, daß sie die ganze Welt konnten. Paul Rohrbach schienenen Broschüre „Die seinen Eingaben und Vor- berichtet, worin er ihn (zu- des Tischtuch mit ihnen zu- sich der „inneren Einbeil“ schienen. Dieser Mangel unter Verhandlung. Beth- das, was ein Staatsmann notwendigen braucht: über- gebot der Militaris in die moralischen Waffen an- dersden lieferte. Als die- sichte und den Entschluß den, wie zum starken und Politik sagte, hätte die mann schämen können. Eine geschlossene Mehrheit seine war, die er längt in gegenüber den großen Wi- nicht offen genug vertreten des Reichstags hinter sich, die militärischen Einflüsse